



## Medienmitteilung

### **Initiative „Basel baut Zukunft“ mit über 3000 Unterschriften eingereicht**

**Die kantonale Volksinitiative „Basel baut Zukunft“ ist am Donnerstag (2.7.2020) mit über 3'000 beglaubigten Unterschriften bei der Staatskanzlei des Kantons Basel-Stadt eingereicht worden. Mit der Initiative wird der gemeinnützige Wohnungsbau auf ehemaligen Industriearealen gefördert. Die Bevölkerung erhält mehr Mitsprache bei der Entwicklung. Und der Schutz des Klimas wird gestärkt.**

Basel gestaltet in den nächsten Jahren und Jahrzehnten grosse ehemalige Industriegebiete in Wohn- und Gewerbezone um, allen voran das Klybeckareal und das Hafengebiet. Der Kanton hat dabei im Fall vom Klybeckareal bedauerlicherweise darauf verzichtet, Land zu kaufen und

dieses damit der Spekulation zu entziehen. Stattdessen überlässt er die Entwicklung privaten Immobilieninvestoren. Die aktuelle Lage im Immobilien- und Wohnungsmarkt führt vor Augen, dass dabei die Interessen der weniger begüterten Bevölkerung nach bezahlbarem Wohnraum in der Stadt auf der Strecke bleiben.

Die Initiative „Basel baut Zukunft“ wurde vom Verein Zukunft.Klybeck zusammen mit Verbänden des gemeinnützigen, genossenschaftlichen Wohnungsbaus und VertreterInnen engagierter Parteien lanciert. Sie setzt neue Schwerpunkte für die Umnutzung von Bahn-, Industrie- und Gewerbearealen. Stichworte sind Gemeinnützigkeit, Partizipation und Klimaschutz. Die zahlreichen Gespräche mit Bürgerinnen und Bürgern während der Unterschriftensammlung zeigen, wie gross die Unzufriedenheit der Bevölkerung angesichts der aktuellen Lage auf dem Wohnungsmarkt und die Sorgen wegen der Klimaerwärmung sind.

#### **Über 3300 Unterschriften gesammelt**

Die Unterschriften wurden innert 288 Tagen gesammelt, wobei die Sammeltätigkeit während des dreimonatigen Lockdowns unterbrochen werden musste. Insgesamt kamen über 3'300 Unterschriften zusammen; davon wurden 3'087 beglaubigt und nun eingereicht.

#### **Drei Forderungen**

Die Initiative „Basel baut Zukunft“ verlangt erstens, dass mindestens die Hälfte der Bruttogeschossfläche pro Bebauungsplan gemeinnützig genutzt wird. Das heisst, der Boden soll Wohnbaugenossenschaften und andern gemeinnützig orientierten Bauträgern im Baurecht zur Verfügung gestellt werden. Diese zeichnen sich aus durch langfristig günstigere Mieten; Mieterinnen und Mieter sind zudem Mitbesitzer und haben entsprechende Mitspracherechte.

Zweitens verlangt die Initiative eine Stärkung der Partizipation der Bevölkerung bei der Entwicklung der Areale. Das Wissen, die Erfahrungen und die Bedürfnisse der Menschen sollen stärker in die Planung einfließen als bisher. Es soll auch sichergestellt werden, dass die Sorgen und Befürchtungen der Menschen insbesondere in der Nachbarschaft von Entwicklungsarealen zur Sprache kommen und Ernst genommen werden. Stichworte sind Gentrifizierung, Druck auf die Mieten, Anonymisierung und zunehmende Verkehrsbelastung.

Drittens verlangt die Initiative, dass die Areale das Ziel der CO<sub>2</sub>-Neutralität erreichen. Massnahmen gegen den CO<sub>2</sub>-Ausstoss im Verkehr und im Bau sind dringend und können nicht aufgeschoben werden.

Die nächsten Schritte sind folgende: die Staatskanzlei prüft, ob die Initiative zustande gekommen ist. Die entsprechende Verfügung wird im Kantonsblatt veröffentlicht. Steht das Zustandekommen der Initiative fest, überweist sie die Staatskanzlei an den Regierungsrat. Dieser muss innert drei Monaten dem Grossen Rat Antrag stellen zur rechtlichen Zulässigkeit der Initiative sowie zum weiteren Vorgehen.

Basel, 2. Juli 2020

Kontakt: Christoph Moerikofer, Verein Zukunft.Klybeck, 076 579 04 94

Initiativkomitee:

Ivo Balmer, Präsident Genossenschaft Mietshäuser Syndikat; René Brigger, Anwalt, Präsident Neue Wohnbaugenossenschaft Basel; Matthias Brüllmann, Kommunikationsberater; Alexandra Dill, Grossrätin, Soziologin, Geschäftsführerin Markthalle Basel; Harald Friedl, Chemiker, Grossrat und Präsident Grüne BS; Dr. Brigitta Gerber, Historikerin, Grossratspräsidentin 2007/2008; Klaus Hubmann Gerber, Geschäftsführer Stiftung Habitat; Christoph Moerikofer, Mediator; Christian Mueller, Künstler und Präsident freistaat unteres kleinbasel; Vesna Petrovic, Architektin ETH SIA; Benjamin Plüss, Umweltwissenschaftler ETH; Jörg Vitelli, Grossrat, Präsident Wohngenossenschaft GEWONA NORD-WEST, Basel; Jacqueline Zingarelli, Beraterin vitalba basel, Vorstand QV Horburg-Kleinhüningen.

Beilagen:

- Argumentarium
- Statements von Mitgliedern des Initiativkomitees